



Die Wende 1989 in Polen

Friedensstiftender Kompromiss oder verpasste Chance für einen radikalen Umbruch?

Von Hans-Jürgen Bömelburg

Der Fall der Berliner Mauer im November 1989 wurde bereits in den ersten Monaten des Jahres in Polen und Ungarn ausgelöst. Spätestens nach der Wahl des ersten demokratisch legitimierten Ministerpräsidenten, des Polen Tadeusz Mazowiecki, im August 1989 und dem Abbau der ungarischen Grenzzäune Richtung Westen seit Mai 1989 war die DDR zu einer isolierten Insel in Mitteleuropa geworden, deren Lage nicht mehr haltbar war. Des Anteils der polnischen Demokratiebewegung an den revolutionären Ereignissen 1989, eine unter Zeithistorikern kaum umstrittene, aber in der deutschen Öffentlichkeit wenig bekannte Tatsache, wurde am 17. Juni 2009, dem Jahrestag des Arbeiteraufstandes von 1953 in der DDR, auch in einer symbolkräftigen Handlung gedacht: Am Reichstagsgebäude, dem Sitz des deutschen Bundestags in Berlin, wurde ein Teil der Außenmauer der Danziger Werft, wo 1980 die Gewerkschaft Solidarnosc entstanden war, angebracht.

Abb. 1: „Wir sind solidarisch mit den Hungernden in Warschau“, so lautet der Text auf einem der Transparente, das Demonstranten auf dem Marktplatz, dem „Rynek Główny“, von Krakau im Jahr 1987 aufgehängt haben. Foto: Johann Biedermann

Der Fall der Berliner Mauer vor 20 Jahren, so Bundestagspräsident Norbert Lammert anlässlich der Einweihung, war nicht „der Anfang, sondern der glückliche Abschluss einer Entwicklung, die viele Jahre früher begonnen und nicht nur in Deutschland, sondern fast überall in Mittel- und Osteuropa stattgefunden hat“.

Starke Opposition und schwache Regierung

Die Ereignisse 1989 in Polen besitzen längst nicht die Dramatik wie in der Tschechoslowakei oder in der DDR, da das kommunistische Regime unter General Jaruzelski bereits seit 10 Jahren unter Druck stand und seit 1986 schrittweise zurückgewichen war, indem eine Generalamnestie für politische Häftlinge verkündet worden war und politische Verfolgungen eingestellt wurden. Seit 1987 funktionierten halb-

legale Oppositionsverbände und eine regierungsunabhängige Presse wie die Zeitschrift „Res Publica“. Zeitgleich wurde eine Wirtschaftsliberalisierung umgesetzt. Aufgrund der schwierigen Lebensverhältnisse brachen Streiks aus, weshalb die hilflose Regierung im Sommer 1988 Lech Wałęsa bat, zur Einstellung der Streikbewegung beizutragen. Wałęsa zeigte sich am 30. November in einer öffentlichen Fernsehdiskussion einem Vertreter der kommunistischen Gewerkschaften rhetorisch weit überlegen, im Dezember und Januar wurden unter kirchlicher Vermittlung mit der Opposition Verhandlungen am „Runden Tisch“ für den 6. Februar 1989 vereinbart.

Die Gespräche am Runden Tisch (6. Februar bis 5. April), deren Eröffnung im Fernsehen übertragen wurde und die in Plenarsitzungen und Arbeitsgruppen fortgeführt wurden, brachten den Durchbruch zu einem Kompromiss: Die Gewerkschaft Solidarnität

wurde wieder legalisiert, die Presse- und Meinungsfreiheit eingeführt. Ein Drittel der unteren Kammer des Parlaments (Sejm) und die gesamte obere Kammer, der Senat, sollten frei gewählt werden.

Während der Beratungen des Runden Tisches kam es zu zahlreichen krisenhaften Situationen, da insbesondere die kommunistischen Gewerkschaften wiederholt zu Demagogie Zuflucht nahmen und ein Abbruch der Verhandlungen mehrfach in der Luft lag. Jedoch gelang es den Vertretern der „Solidarnität“, unterstützt von kirchlichen Mediatoren, den Regierungsvertretern Schritt um Schritt immer mehr Zugeständnisse abzuhandeln und so einen Kompromiss herbeizuführen, dessen Auswirkungen die kommunistischen Funktionäre unterschätzten. Das Regierungslager rechnete damit, dass es der Opposition so schnell nicht gelingen könne, einen massenwirksamen und erfolgreichen Wahlkampf zu führen.



Fotos: Johann Biedermann

Abb. 2: Pewex-Werbung in Łódź: „Unternehmen für den inneren Export“. In den Pewex-Läden konnte man im sozialistischen Polen West-Waren gegen Devisen kaufen – ähnlich wie in den Intershops in der DDR.



Abb. 3: Solidarność überall: Hier ein Ährenkranz mit Madonna und dem Solidarność-Logo in Częstochowa 1989.



Die Gazeta Wyborcza, übersetzt „Wahlzeitung“, die seit dem 8. Mai 1989 erschien und bis heute die führende polnische Tageszeitung ist; hier eine Ausgabe nach der Wahl von Tadeusz Mazowiecki zum Ministerpräsidenten. (Quelle: Zeitungssammlung in der Forschungsbibliothek des Herder-Instituts e.V., Marburg)

Erdrutschsieg bei den Wahlen und „Euer Präsident, Unser Premier“

Jedoch trat das Gegenteil ein. Während der Vorbereitungen zu dem für den 4. Juni angesetzten ersten Wahlgang, den ersten freien Wahlen im Ostblock, gelang es der „Solidarität“, innere Spaltungen zu vermeiden. Nur in einem Wahlkreis, in Radom, konkurrierte der Kandidat, der auch mit deutsch-polnischen Versöhnungsinitiativen und einem Bekenntnis zu einem undogmatischen Sozialismus hervorgetretene Jan Józef Lipski, gegen einen vom örtlichen Bischof unterstützten „katholischen Regierungsvertreter“. (Lipski gewann übrigens die Wahl). Zugleich erschien

seit dem 8. Mai die oppositionelle, von Adam Michnik redigierte „Gazeta Wyborcza“ (Wahlzeitung), die sich anschließend zu der bis heute führenden polnischen Tageszeitung entwickeln sollte und die insbesondere das Meinungsklima im Umbruch 1989/90 bestimmte.

Die Wahlen am 4. Juni brachten unerwarteter Weise – auch freie Beobachter hatten mit einem weniger deutlichen Wahlausgang gerechnet – einen Erdrutschsieg der Opposition: bereits im ersten Wahlgang konnten 160 von 161 freien Sitzen im Sejm von der Opposition mit absoluter Mehrheit gewonnen werden, im Senat gelang die Besetzung von 92 der 100 Sitze. Im zweiten Wahl-

gang (18. Juni) gelang ein Erfolg in fast allen restlichen Wahlkreisen (99 von 100 Sitzen im Senat) und zudem die Unterstützung von undogmatischen Vertretern der Arbeiterpartei, so dass das Regierungslager auch im Sejm nicht einheitlich auftreten konnte. Der 4. Juni 1989 ist in vieler Hinsicht der entscheidende Erfolg der polnischen Demokraten, der 2009 auch so begangen wurde.

Der Erfolg stieg allerdings der Opposition nicht zu Kopf: Wałęsa erklärte in einem Zeitungsinterview vom 24. Juni auf die Frage, ob er nun das Regierungsruder übernehmen wolle: „Ich weiß nur, dass keiner von uns, einschließlich meiner Person, jemals mit Herrn Gorbatschow oder Herrn Honecker gesprochen hat. Wir wissen nicht einmal, wie solche Gespräche aussehen und wie Bündnisse, Blöcke usw. funktionieren.“ Stattdessen wurde aus der Opposition von Michnik die Formel „Euer Präsident, Unser Premier“ geprägt, die auf eine Machtteilung mit der bisherigen Regierung hinauslief. Im Sommer 1989 bröckelte, auch unter dem Eindruck der internationalen Entwicklung und der maßvollen Reaktion der sowjetischen Regierung, die Unterstützung für die Kommunisten. Jaruzelski wurde am 19. Juli mit 270 von 537 Stimmen – das hieß mit nur einer Stimme mehr als die absolute Mehrheit! – zum Präsidenten gewählt. Dagegen erhielt Tadeusz Mazowiecki, der von der Opposition zum Kandidaten für den Premierminister designiert wurde, am 22. August 378 von 423



Abb. 4 und 5: Streik und Messe auf dem Gelände der Danziger Leninwerft 1988. Quelle: Bildarchiv, Herder-Institut Marburg. (Quelle: Herder-Institut Marburg, Bildarchiv, Fotograf unbekannt; Inv.-Nr. 116678 und 116679)

Stimmen des Sejms, in dem ja noch zwei Drittel kommunistische Abgeordnete saßen! Entwickelt wurde hier ein Modus für einen friedlichen Machtwechsel, der bis dahin in Europa ohne Vorbild war.

Warschau im Sommer und Herbst 1989

Im Epizentrum dieser Veränderungen, in Warschau, herrschte 1989 nicht eine solche Massenmobilisierung wie in Prag oder Berlin. Während zweier Besuche im Juni und Oktober 1989 erschien mir die Stadt eher ruhig; neu waren vor allem die fliegenden Händler, die nach dem neuen Gesetz über den Privathandel nun überall auftauch-

ten. Auffällig waren insbesondere die Ungleichzeitigkeiten: Auf dem Universitätsgelände konnte man überall Broschüren und Nachdrucke von Werken westlicher Autoren über den Stalinismus und das sowjetische System kaufen, während zugleich in einem Vortrag gegenüber Studenten der Warschauer Politologe (und bekannte Deutschlandspezialist) Mieczysław Tomala noch im Juni 1989 die Existenz des Geheimen Zusatzprotokolls zum Hitler-Stalin-Pakt oder die sowjetischen Verbrechen in Katyn bestritt.

Polnische Freunde blieben in ihrer Prognose über die Zukunft äußerst misstrauisch: Im Gegensatz zu den Deutschen traute man in Polen Gorbat-

schow in den ersten Monaten nicht und fürchtete die Rückkehr des sowjetischen Apparats oder – wie 1981 – die erneute Delegalisierung der „Solidarität“. Erst nachdem die sowjetische Seite im Juni zu verstehen gegeben hatte, dass man mit jeder polnischen Regierung zusammenarbeiten würde, ließ die Anspannung etwas nach. Extrem schwierig war die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung. Im Juli und August 1989 wurden die Preise freigegeben und lösten eine Hyperinflation (640% bis Ende des Jahres) bei stagnierenden Einkommen aus. Die Menschen benötigten alle Kraft, um die tägliche Versorgung zu sichern.

Politik- und Elitenwechsel und das Erbe des Kommunismus

Die so mit parlamentarischer Legitimität versehene Regierung Mazowiecki konnte ab August 1989 entschiedene Wirtschaftsreformen vorbereiten, die – ein schwieriger und anhaltende Verbitterung erzeugender Prozess – die Anhänger der „Solidarität“ in den großen Industriebetrieben besonders schmerzhaft trafen. Zugleich verkündete Mazowiecki in seiner Regierungserklärung vom 24. August einen „Schlussstrich“ (gruba kreska) unter die Vergangenheit; die neue Regierung könne keine Verantwortung für die Hypotheken des Kommunismus übernehmen: „Die Regierung, der ich vorstehe, übernimmt keine Verantwortung für die Hypothek, die wir erben. Diese hat jedoch Einfluss auf die Umstände, unter denen wir zu



Prof. Dr. Hans-Jürgen Bömelburg

Historisches Institut
Justus-Liebig-Universität Gießen
Otto-Behagel-Straße 10, Haus D
35394 Gießen
Telefon: 0641 99-28020
E-Mail: Hans-Juergen.Boemelburg@geschichte.uni-giessen.de

Hans-Jürgen Bömelburg, Jahrgang 1961, studierte Geschichte, Germanistik, Romanistik und Slavistik an den Universitäten Münster, Besançon und Mainz, dort 1990 M.A., 1992 Promotion. 1993–1994: Postdoc-Stipendium am Forschungsschwerpunkt für Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas in Berlin (heute GWZO Leipzig). Von 1994 bis 2003 war er zunächst als Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Leiter der Bibliothek, ab 1999 als Stellvertreter des Direktors am Deutschen Historischen Institut in Warschau tätig. 2003 ging er als Wissenschaftlicher Mitarbeiter an die Humboldt-Universität Berlin, und von 2004 bis 2007 an das Nordost-Institut Lüneburg an der Universität Hamburg. Seit 2007 ist er Professor für Geschichte Osteuropas an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Im Wintersemester 2009/10 bietet er eine Vorlesung über die Wende 1989 im östlichen Europa an.

handeln haben. Unter die Vergangenheit ziehen wir einen Schlussstrich. Die Verantwortung werden wir nur für das übernehmen, was wir selbst getan haben, um Polen aus dem gegenwärtigen Zustand des Niedergangs herauszuholen.“

In der Öffentlichkeit geriet der Begriff des „Schlussstrichs“ schnell in die Diskussion. Er wurde im Herbst 1989 vielfach so interpretiert, es solle keine Abrechnung mit der kommunistischen Nomenklatura geben, obwohl Mazowiecki dies so nicht gesagt hatte. Allerdings betrieb die neue Regierung eine klare Versöhnungspolitik. Adam Michnik drückte das in einer Fernsehdebatte mit Jarosław Kaczyński retrospektiv so aus: „Ich sage nur soviel – wir müssen uns versöhnen. Es gibt nur ein Polen, ein gemeinsames Polen, wo Platz sein wird [...] für alle verschiedenen Menschen. [...] Dies ist ein solcher Moment und eine solche historische Situation. Wir müssen uns mit allen verständigen. Kaczyński muss sich mit Kwaśniewski verständigen, denn wenn er sich mit ihm nicht verständigt, dann zahlt dafür Polen, und das ist wichtiger als Herr Kaczyński oder Herr Kwaśniewski.“

Ein geschichtspolitisches Konfliktthema oder Was bleibt von 1989?

Dazu kam es jedoch nicht. Mehrere polnische Regierungen brachen über den Umgang mit dem kommunistischen Erbe auseinander. Aleksander Kwaśniewski, 1989 noch auf Seiten der kommunistischen Regierung Teilnehmer am Runden Tisch, amtierte 1995 bis 2005 als Staatspräsident. Der allmähliche Übergang zu einem demokratischen System, der erst 1991 mit der Wahl Wałsas zum Präsidenten abgeschlossen wurde, wird bis heute in Publizistik und Geschichtspolitik kontrovers beurteilt. Musste der kommunistische General und Staatspräsident Jazuzelski, der die Verantwortung für die Niederschlagung des Danziger Arbeiteraufstands 1970, die Verhängung des



Abb. 6: Plakat in Łódź zum Papst-Besuch in Polen im Juni 1987.

Kriegszustands und Milizeinsätze trägt, bei denen insgesamt über 100 Menschen starben, noch bis Ende 1990 amtierend? Warum wurde er niemals rechtskräftig verurteilt? Führte nicht der „Schlussstrich“ zu einer zu schweren Belastung für die polnische Demokratie, an deren Wiege im ersten Sejm mehrheitlich auf einer kommunistischen Liste gewählte Abgeordnete standen? Trug dies nicht zu der um sich greifenden Postenschacherei, der Karriere postkommunistischer Seilschaften und der Korruption bei, die erst im 21. Jahrhundert wirkungsvoll bekämpft wurde? Wurde nicht die Chance für eine „Entkommunisierung“ und einen Neuanfang verschenkt?

Selbst die Ikone Lech Wałęsa geriet mehrfach ins Schussfeld der Kritik: Habe seine Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst in den frühen 1970er Jahren ihn nicht erpressbar gemacht? Gelang es nicht den anderen Staaten des Warschauer Paktes 1989/90 schneller und durchgreifender ein demokratisches System aufzubauen als Polen, dass kostbare Zeit verschenkte? Radikale Stimmen gehen noch weiter:

Der Schriftsteller Jarosław Marek Rymkiewicz stellte 2007 Verbindungen zum Jahr 1794 her, als Vaterlandsverräter gehängt worden seien, und bedauerte kaum verhüllt, dass es 1989 nicht ebenfalls zu einem „reinigenden Terror“ gekommen sei.

Auf der anderen Seite wird in die Waagschale geworfen, dass Polen ein beispiellos friedlicher Übergang von der kommunistischen Diktatur zu einer parlamentarischen Demokratie gelang. Vermieden wurden so Putschversuche wie in Rumänien und der Sowjetunion oder gar der Ausbruch eines Bürgerkrieges, obwohl auch die polnische Gesellschaft in den 1980er Jahren scharf gespalten war und aufgrund der staatlichen Unterdrückung im Kriegszustand viele Rechnungen offen waren. Die besonnene Seite habe die Oberhand behalten, ein Beispiel für die Reife der Opposition.

Trotz mancher internationaler Anerkennung für die polnischen Verdienste spielt das Jahr 1989 in der polnischen Erinnerung keine herausragende Rolle. Es wird als Jahr des Übergangs und einer schrittweisen Wende gesehen, wobei andere Staaten Polen überholten. Insbesondere existieren wenige symbolische Ereignisse, die das Ende der kommunistischen Diktatur symbolisch greifbar machen können. Der Kompromiss des „Runden Tisches“ zwischen Regierung und Opposition erscheint aus heutiger Sicht vielen Polen wenig glanzvoll. Symbolträchtig ist nur der 4. Juni mit dem erdrutschartigen Wahlsieg der Opposition. Dieses symbolische Defizit lässt die Ergebnisse des Jahres 1989 in Polen weniger hervortreten als der Mauerfall oder die Samtene Revolution in der Tschechoslowakei. Wahrscheinlich wird es noch einige Jahrzehnte brauchen, bis mit größerem Abstand der polnischen Öffentlichkeit ein ausgewogener Blick auf die politische Wende von 1989 gelingt. Dies sollte aber nicht den Blick darauf verstellen, dass gerade die polnischen Ereignisse für die Befreiung des östlichen Europa vom Kommunismus eine Schlüsselrolle spielen. •

Foto: Johann Biedermann